

# Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

**Fraktionsgeschäftsstelle:**

Bahnstraße 50  
45468 Mülheim an der Ruhr  
Telefon: 0208 / 47 92 41  
Telefax: 0208 / 47 96 68  
E-Mail: gruene-fraktion@stadt-mh.de

- Fraktion im Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr**  
 **Fraktion in der Bezirksvertretung 1 oder 3**

## Antrag

**Nr.: A 11/0628-01****gemäß § 9 der Geschäftsordnung****öffentlich****Datum:** 04.08.2011**Postversand:****Empfänger:**

- Frau Oberbürgermeisterin Mühlenfeld  
 Frau / Herrn Vorsitzende/n Name des Ausschusses  
 Frau / Herrn Bezirksbürgermeister/in Name der Bezirksvertretung 1, 2 oder 3  
 nachrichtlich Frau Oberbürgermeisterin Mühlenfeld

**Beratungsfolge:**

**Status:**\* **Datum:** **Gremium:** **Berichterstattung:**  
Ö 27.09.2011 Hauptausschuss Tim Giesbert

\* **Beratungsstatus des jeweiligen Gremiums: Ö = öffentliche Beratung / N = nichtöffentliche Beratung**

## Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 08.07.2010 betreffs Flugplatz Essen/Mülheim

**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung berichtet ab sofort obligatorisch in jeder Sitzung des Hauptausschusses über den aktuellen Sachstand zum Thema „Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 08.07.2010 betreffs Flugplatz Essen/Mülheim“. Im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes wird den Ausschussmitgliedern Gelegenheit zur Aussprache gegeben.

**Begründung:**

Der Rat beschloss am 08.07.2010 u.a. Folgendes: „Die Nutzung des Geländes des Flugplatzes Essen/Mülheim auf der Grundlage der luftrechtlichen Genehmigung der Bezirksregierung Düsseldorf vom 02. April 1980 wird aufgegeben. Ebenso wird die künftige Nutzung des Flugplatzgeländes entsprechend der luftrechtlichen Genehmigung des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes NRW vom 02. April 1980 aufgegeben...“.

Mittlerweile hatten Mülheimer Stadtverwaltung und OB mehr als ein Jahr Zeit, in puncto Umsetzung der Ratsentscheidung tätig zu werden. Erleichtert war dies durch in dieselbe Richtung gehende Beschlüsse des Essener Rates als auch den NRW Koalitionsvertrag. Letztendlich behandelt wurde die Problematik in der Sitzung des Hauptausschusses am 17.02.2011 angesichts der angekündigten VHM-Insolvenz im Vorfeld eines FEM-Gesellschaftertreffens. Aus dem Ausschuss heraus wurde die OB gebeten, über diese Zusammenkunft nachfolgend zu berichten, was sie offen ließ. Seitdem gab es weder Befassung noch Berichterstattung in einem Ratsgremium. Es hat den Anschein, dass die Umsetzung des Ratsbeschlusses nicht stattfindet.

Eine kontinuierliche Berichterstattung ist erforderlich, weil es gilt, Ratsbeschlüsse so zügig wie möglich umzusetzen. Der Umgang mit einem Beschluss des Rates nach dem Motto „Sie mögen beschließen, was immer sie wollen – umgesetzt wird nichts“ wäre in einer Demokratie nicht hinnehmbar.

Tim Giesbert  
Fraktionssprecher